

Analyse

Kriegsschauplatz Nordkaukasus: Russlands Politik in der Sackgasse

Jeronim Perović, Zürich

Zusammenfassung

In Tschetschenien finden heute keine grossflächigen Kriegshandlungen mehr statt und Moskau hat grosse Teile seiner Truppen aus der Republik abgezogen. Trotzdem bleibt die Situation nicht nur in dieser Republik, sondern im gesamten muslimisch geprägten Nordkaukasus gespannt. Betreibt Moskau in Tschetschenien eine Politik der „Tschetschenisierung“, indem es die Verantwortung für das politische Geschehen und die Sicherheit zunehmend lokalen Strukturen überträgt, so setzt es in den übrigen Nordkaukasusrepubliken auf mehr direkte Kontrolle und die Verstärkung seiner Militärpräsenz, um der Situation Herr zu werden. Beide Ansätze sind allerdings mit Problemen und Risiken behaftet. Mit einer Beruhigung der Lage ist nicht zu rechnen.

Die Konfliktlage im Nordkaukasus

Anders als noch vor wenigen Jahren bildet Tschetschenien heute nur den Kern eines grösseren Konfliktherdes, der alle nordkaukasischen Republiken, insbesondere aber Inguschetien, Dagestan und Kabardino-Balkarien, umfasst. Diese Republiken verzeichnen seit rund zwei Jahren eine starke Zunahme von Gewaltaktionen, an denen sich nicht wie früher vorwiegend Tschetschenen, sondern Mitglieder aller nordkaukasischer Ethnien beteiligen.

Eine erste grössere Militäroperation dieser Art war der Überfall von 200–300 Bewaffneten im Juni 2004 auf verschiedene offizielle Einrichtungen in Nasran, die bevölkerungsreichste Stadt Inguschetiens. 93 Personen, in der Mehrheit Vertreter der inguschetischen Regierung und des Sicherheitsdienstes, wurden bei dieser Aktion getötet. Die andere grosse Militärunternehmung erfolgte im Oktober 2005 in Naltschik, der Republikhauptstadt Kabardino-Balkariens, als über zweihundert Bewaffnete, verteilt auf kleine Kampfseinheiten, eine Reihe von Regierungseinrichtungen gleichzeitig angriffen. Gemäss russischen Angaben wurden 92 Angreifer, 33 Sicherheitskräfte und 12 Zivilisten getötet. Zweidrittel der Angreifer waren Einheimische, die Mehrheit um die 20 Jahre jung.

Gemeinsam ist beiden Aktionen nicht nur, dass sie sich gegen offizielle Institutionen richteten und in taktisch-militärischer Hinsicht einem ähnlichen Muster folgten, sondern auch, dass sie offenbar von einem gemeinsamen Zentrum aus gesteuert wurden: In beiden Fällen gehörte der tschetschenische Rebellenführer und international gesuchte Terrorist Schamil Basajew zu den Hauptdrahtziehern der Operationen. Das Ereignis in Kabardino-Balkarien ist auch deshalb von Bedeutung, weil diese Aktion erstmals im Rahmen der

im Mai 2005 gegründeten „Nordkaukasischen Front“, dessen militärischer Oberbefehlshaber Basajew ist, durchgeführt wurde. Den Verlautbarungen tschetschenischer Rebellen-Websites zufolge operiert die Front heute in allen Republiken des Nordkaukasus, einschliesslich der russisch dominierten Regionen Stawropol und Krasnodar; zudem bestehen Verbindungen zwischen den einzelnen Sektoren der Front und den verschiedenen lokalen islamistischen Rebellengruppen des Nordkaukasus.

Im nordkaukasischen Krisenkontext ragt Dagestan als ein eigener, allerdings höchst unübersichtlicher Kriegsschauplatz heraus. Heute ist Dagestan – mit seinen über 30 ethnischen Gruppen die vielfältigste und mit 2,5 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Republik des Nordkaukasus – der grösste Gefahrenherd der Region. Fast täglich berichten russische Medien von Schiessereien, Verhaftungen und Militäroperationen. In welchem Ausmass die Gewalt in dieser Republik allerdings auf das Konto islamistischer Gruppierungen geht, ist unklar. Nicht immer lässt sich bestimmen, ob es sich um einen Terrorakt islamistischer Militanter oder um eine Auseinandersetzung unter kriminellen Organisationen oder ethnischen Klans handelt.

Als gesichert kann gelten, dass in Dagestan unterdessen eine Reihe von „Jamaaten“ (islamische Gemeinschaften) bestehen, deren Mitglieder nach den Gesetzen der Scharia und damit ausserhalb des offiziellen Rechtsraumes leben. Diese oft einzelne abgelegene Bergdörfer umfassenden Gemeinschaften verfügen zum Teil über bewaffnete Formationen, die vorab ihr Territorium sichern und damit in erster Linie lokale Interessen verteidigen. Andere Jamaate sind weniger lokal verankert und ähneln in der Organisationsform radikalislamistischen Terrornetzwerken. Der bekann-

teste ist der Jamaat „Schariat“, der auf Moskaus Liste der Terrororganisationen steht. Gemäss offiziellen Angaben gingen bis Frühjahr 2006 rund 50 Morde an Sicherheitsorganen in Dagestan auf das Konto dieser Gruppierung.

Moskaus Einschätzung

Moskau ist sich der Gefährlichkeit der Situation im Nordkaukasus durchaus bewusst. Für einiges Aufsehen haben in Russland in diesem Zusammenhang zwei Berichte – einer zum Nordkaukasus, einer spezifisch zur Situation in Dagestan – gesorgt, die von Dmitri Kosak, Präsidentenvertreter im Südlichen Föderalen Bezirk, in Auftrag gegeben wurden. In diesen vertraulichen Berichten zuhanden des russischen Präsidenten Wladimir Putin, von denen Teile im Sommer 2005 unter „mysteriösen Umständen“ an die russische Presse gelangten, werden Korruption, Klanwesen, Schattenwirtschaft und allgemein die grosse Entfremdung der Bevölkerung von der regierenden Elite als die zentralen Bedrohungen der sozialen Stabilität und ein Hauptgrund für die anhaltende Wirtschaftskrise genannt. Der zunehmende Radikalismus und die Islamisierung der Gesellschaft werden dabei als Ausdruck dieser Situation, nicht als seine Ursache erwähnt. Be-

unruhigend stellt sich insbesondere die Lage in Dagestan dar. Gemäss Kosak sind immerhin sieben Prozent der dagestanischen Bevölkerung grundsätzlich bereit, zu den Waffen zu greifen, sollte die Situation dies verlangen; ein Drittel der Bevölkerung würde sich an illegalen Protestaktionen beteiligen.

Interessant sind die Zahlen zur wirtschaftlichen Situation: Gemäss dem Bericht zum Nordkaukasus liegt der Anteil der Schattenwirtschaft im Südlichen Föderalen Bezirk bei 26 Prozent der Gesamtwirtschaft; für Dagestan wird der Anteil mit 44 Prozent angegeben – eine Zahl, die allerdings eher zu tief ist, vergleicht man sie mit anderen Statistiken. Beklagt wird auch die Ineffizienz der föderalen Finanzhilfe: Während sich die Unterstützung aus dem föderalen Budget in den letzten vier Jahren mehr als verdreifachte und sich das Budgetvolumen der einzelnen Republiken und Gebiete des Nordkaukasus im Schnitt mehr als verdoppelte, so blieb das Bruttoregionalprodukt auf dem gleich tiefen Niveau. Anders verstanden: Die föderalen Gelder haben keinen Mehrwert für die Wirtschaft des Nordkaukasus geschaffen, wohl aber eine Reihe von Machträgern um einiges reicher gemacht.

Bei aller analytischen Schärfe zeichnen sich die Berichte allerdings durch eine grosse Schwäche aus:



Die Karte wurde freundlicherweise von der Redaktion der Zeitschrift OSTEUROPA zur Verfügung gestellt.

Über die unheilvolle Rolle Moskaus, das bislang die wichtigste Stütze der korrupten lokalen Regime darstellte und mit seinen Tschetschenienkriegen zur Radikalisierung des Widerstandes und Ausweitung der Krise beitrug, wird kein Wort verloren. Die Unausgewogenheit der Kosak'schen Analyse wirft die Frage auf, welchen politischen Zweck die Berichte verfolgten. Russische Zeitungen haben in diesem Zusammenhang spekuliert, dass die Berichte nicht zufällig, sondern ganz bewusst veröffentlicht wurden, um damit nicht nur einfach auf Missstände hinzuweisen, sondern auch ein stärkeres russisches Engagement in der Region – bis hin zur Direktverwaltung – zu legitimieren. Tatsächlich deuten die gegenwärtigen Tendenzen in der russischen Nordkaukasuspolitik auf ein solches Szenario hin.

Russische Nordkaukasuspolitik

Über die Mittel der Kaderpolitik, der Rekonfiguration der administrativ-territorialen Struktur oder der Verstärkung der Militärpräsenz versucht Moskau, die Situation im Nordkaukasus unter Kontrolle zu bringen. Ob sich damit allerdings die Probleme bewältigen lassen, ist fraglich. Dies zeigt bereits das Beispiel der Kaderpolitik. Bezeichnenderweise war es ein Ereignis im Nordkaukasus, das Geiseldrama von Beslan im September 2004, das Putin zum Vorwand gereichte, die Volkswahl der regionalen Exekutivvorsteher abzuschaffen und die Direkteinsetzung durch Moskau wieder einzuführen. Unterdessen sind in Nordossetien, Kabardino-Balkarien und Dagestan die Republikpräsidenten vom Kreml eingesetzt worden; die Präsidenten der übrigen Republiken werden nach Ablauf ihrer Amtsperioden ebenfalls von Moskau bestimmt werden.

Tatsächlich bergen solche Eingriffe von aussen die Gefahr, dass die oft heiklen Machtgewichte aus dem Lot gebracht und damit neue Konfliktsituationen geschaffen werden. Darüber hinaus zeigt das Beispiel Dagestan, dass Eingriffe von aussen nicht notwendigerweise zur Änderung des Systems, sondern lediglich zu Machtverschiebungen innerhalb des Systems führen. Das Beispiel Dagestans zeigt dies: So gelang es dem im Februar 2006 zurückgetretenen langjährigen Präsidenten Dagestans, Magomedali Magomedow, zwar nicht, dem Kreml einen Nachfolger aus seiner Familie für das Präsidentenamt schmackhaft zu machen. Der Einfluss des Magomedow-Klans ist aber weiterhin dadurch gewahrt, dass mit Mucha Aliew ein enger Vertrauter Magomedows zum Präsidenten erkoren und Magomed Salem Magomedow, der Sohn des dagestanischen Ex-Präsidenten, zum

Parlamentspräsidenten ernannt wurde.

Territoriale Neugliederung? ...

Ein weiteres Mittel der Kontrolle sieht Moskau in der territorialen Neugliederung der Region. Von den vielen Vorschlägen zur Neugliederung Russlands werden insbesondere die Idee einer Vereinigung Adygiens mit dem diese Republik umgebenden Bezirk (russ.: *kraj*) Krasnodar und der Zusammenschluss von Tschetschenien mit Inguschetien, später allenfalls auch mit Dagestan, diskutiert. Ein Vorgeschmack darauf, wie heikel solche Projekte im ethnisch stark durchmischten Nordkaukasus allerdings sind, haben die gegen die Vereinigungspläne gerichteten Massendemonstrationen ethnischer Adygen in Maikop, der Hauptstadt Adygiens, im Frühjahr 2006 gezeigt. Widerstand gegen solche Projekte hat sich unterdessen in den meisten ethnischen Republiken bemerkbar gemacht. Sogar Dmitri Kosak, der Vereinigungsideen im Nordkaukasus anfänglich unterstützte, gibt sich unterdessen zurückhaltender.

... und Militarisierung

Ein drittes Element der Kontrolle stellt die von russischer Seite betriebene Militarisierung des Nordkaukasus dar. Russland hat seine Truppenteile in Tschetschenien unterdessen zwar deutlich reduziert, die Bestände in anderen Republiken aber gleichzeitig kräftig erhöht. War die rund 300.000 Mann umfassende föderale Streitkraft im Nordkaukasus zu Anfang des Jahres 2005 noch auf das ganze Territorium, einschliesslich der russisch dominierten Regionen, verteilt (mit Ausnahme der Konzentration von damals zwischen 80–100.000 Mann auf Tschetschenien), so konzentriert Moskau seine Truppen heute in viel grösserer Zahl in den ethnischen Republiken. Um die Grenzen zwischen den Republiken und die Staatsgrenzen Richtung Süden besser zu kontrollieren, ist bis Ende 2006 die Errichtung von mehreren Duzend neuen Grenzposten geplant. Verstärkt hat Moskau damit begonnen, seine reguläre Armee durch Spezialeinheiten aus dem bewaffneten Arm des Innenministeriums und dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) zu ersetzen. Anders als früher will Moskau für diese Einheiten nur noch Berufssoldaten verpflichten. In diesem Zusammenhang hat das russische Innenministerium auch mit dem Aufbau von zwei „Gebirgsbrigaden“ begonnen, die in Dagestan und in Karatschaewo-Tscherkessien stationiert werden sollen.

Auswirkungen auf die militärische Situation im Nordkaukasus wird auch das am 10. März 2006 in Kraft getretene Anti-Terror Gesetz haben, das dem Föderalen

Sicherheitsdienst (FSB) bei der Terrorbekämpfung praktisch uneingeschränkte Vollmachten erteilt. Zuständig für die Terrorbekämpfung innerhalb Russlands ist das per Dekret Putins am 15. Februar 2006 gebildete „Nationale Anti-Terror Komitee“, das vom FSB-Direktor Nikolai Patruschew geleitet wird. Die Entscheidungen des Anti-Terror Komitees sind für alle föderalen Einheiten (inklusive die bewaffneten Einheiten des Innenministeriums) bindend. In den einzelnen Regionen sind es die regionalen Ableger des Komitees, deren Befehle bis hinunter zu den lokalen Behörden befolgt werden müssen. Dies bedeutet nicht zuletzt eine Teilentmachtung von Dmitri Kosak, dessen Kommission, die nach der Geiselnahme von Beslan im September 2004 ins Leben gerufen wurde, sich weiterhin mit der sozioökonomischen und politischen Entwicklung des Südlichen Föderalen Bezirks, aber ausdrücklich nicht mehr mit Anti-Terror Aktivitäten befassen darf.

Man mag die Anstrengungen zur Militarisierung des Nordkaukasus und die Gründung des Nationalen Anti-Terror Komitees – eine Institution, die Assoziationen zu dem von Stalin im Zweiten Weltkrieg errichteten „Staatliche Verteidigungskomitees“ weckt – als eine Überreaktion des Kremls darstellen; schliesslich hatte Putin selber, am 31. Januar 2006, anlässlich einer Pressekonferenz das Ende der Anti-Terror Operation in Tschetschenien verkündet. Tatsächlich kommt aber gerade in diesen Entwicklungen zum Ausdruck, dass Moskau ob der gesamten Situation im Nordkaukasus in grosser Besorgnis ist und die Möglichkeit eines flächendeckenden Krieges sehr ernst genommen wird.

Die Folgen der Tschetschenisierungspolitik

Folgt man der offiziellen Redeart, so finden in der Tschetschenischen Republik heute keine grösseren Kriegshandlungen mehr statt. Für die Sicherheit sorgen, neben den knapp 40.000 in der Republik verbliebenen föderalen Truppen (einschliesslich aller Spezialeinheiten), von Moskau finanzierte tschetschenische „Bataillone“ und die Sicherheitskräfte des tschetschenischen Innenministeriums. Auch in politischer Hinsicht sind, formell gesehen, die wichtigsten Institutionen in Tschetschenien wieder errichtet. Die Republik hat eine Verfassung, einen vom Volk gewählten Präsidenten, eine Regierung und ein gewähltes Parlament.

In der Realität beinhaltet die Politik der „Tschetschenisierung“, so wie sie bisher umgesetzt wurde, aber ein grosses Gefahrenpotential. Der Einbezug von ehemaligen Widerstandskämpfern, darunter Kriegsverbrecher und Kriminelle, in das politische

Leben, und die Umwandlung von Privatarmeen in offizielle Streitkräfte, ist an sich keine schlechte, sondern einfach nur eine pragmatische Politik. Das Problem besteht allerdings darin, dass Moskau sich bisher vor allem auf eine Partei innerhalb Tschetscheniens gestützt hatte – den Klan um den von Moskau eingesetzten Premierminister Ramsan Kadyrow, der Sohn des im Mai 2004 ermordeten tschetschenischen Präsidenten. Dabei nimmt der Kreml grosse Risiken, nicht zuletzt aber die Gefahr eines innertschetschenischen Konfliktes, in Kauf.

Zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation kam es nach dem Rückzug der föderalen Truppen aus Tschetschenien bereits einmal, in den Jahren 1997–1999. Allerdings unterscheidet sich die Situation heute insofern von der damaligen, als das Hauptproblem für die Sicherheit Tschetscheniens und seiner Bürger nun nicht so sehr von den radikalislamistischen Kämpfern, sondern von den offiziellen Strukturen, insbesondere den von Kadyrow kontrollierten Sicherheitskräften ausgeht. In diesem Zusammenhang schreibt die angesehene russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in ihrem im Januar 2006 aufdatierten Bericht zu Tschetschenien, dass „hinter der Fassade der ‚Regulierung‘ der bewaffnete Konflikt“ weitergehen würde. Gemäss den Autoren des Berichts habe die Tschetschenisierung des Konflikts lediglich offizielle Strukturen dazu ermächtigt, „illegale Gewalt“ auszuüben. Allein im Jahr 2005 wurden in Tschetschenien gemäss Angaben von Memorial 316 Personen entführt; 23 Personen wurden in der Zwischenzeit ermordet aufgefunden, 151 wurden freigelassen, 127 gelten weiterhin als vermisst. 15 wurden in „Geheimgefängnissen“ entdeckt. Dies sind allerdings nur die bestätigten Fälle; die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

Eine neue Islampolitik?

Im Rahmen des tschetschenischen Sonderfalls muss schliesslich auch auf die Risiken der russischen Islampolitik im Nordkaukasus eingegangen werden. Insbesondere während des zweiten Tschetschenienkriegs wurde der Islam in Tschetschenien gezielt unterdrückt, indem Moscheen zerstört, der Unterricht von Arabisch und des Islam weitgehend verboten und Männer mit Bärten und Frauen mit Schleiern Repressalien ausgesetzt wurden. Spätestens seit den Ereignissen von Naltschik im Oktober 2005 scheint sich auf russischer Seite die Meinung herausgebildet zu haben, dass sich fundamentalistische Tendenzen innerhalb des Islam (in Russland pauschal als „Wahhabismus“ bezeichnet) letztlich nur durch eine stärkere Einbindung in das gesellschaftliche und religiöse

Leben kontrollieren lassen. Entsprechend hat der Kreml unterdessen seine anti-wahhabitische Rhetorik zurückgenommen. Im Fall von Tschetschenien entschied sich Moskau ausserdem dazu, der Regierung Kadyrow ein fundamentalistischeres Image zu verschaffen – dies nicht zuletzt darum, um den Rebellen Anhänger „abzuwerben“. Damit wurde allerdings eine Entwicklung ausgelöst, die längerfristig kaum im Interesse Moskaus sein dürfte.

Unterdessen hat Kadyrow Spielautomaten verboten, sich für Polygamie ausgesprochen, den Verkauf von Alkohol in tschetschenischen Läden unterbunden und den Sprecherinnen des tschetschenischen Fernsehens das Tragen von Kopftüchern aufgelegt. Auch das republikanische Fernsehen und die Printmedien sind unterdessen einer strengeren Zensur unterstellt. Nach Weisung Kadyrows sollen künftig alle Inhalte auf Verträglichkeit mit den „ethischen Normen der tschetschenischen nationalen Mentalität“ überprüft werden. Schliesslich sollen nach Meinung Kadyrows in Zukunft auch das Studium des Korans und der Scharia als obligatorische Fächer an den Schulen unterrichtet werden. Bisheriger Höhepunkt von Kadyrows Islamisierungspolitik war der Bann eines dänischen Flüchtlingshilfswerkes als Reaktion auf die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen.

Moskaubegibt sich auf Gratwanderung, wenn unter seiner Schirmherrschaft Entwicklungen möglich sind, die nicht nur gegen gängige politische Praxis, sondern auch gegen Bestimmungen der Verfassung verstossen, die eine Trennung von Staat und Religion festschreibt. Auch ist höchst ungewiss, ob der neuen Islampolitik Erfolg im Kampf gegen die Rebellen beschieden sein

wird. Erstens zweifeln viele Tschetschenen an der Aufrichtigkeit von Kadyrows Hinwendung zum Islam. Zweitens wissen die Tschetschenen, dass die Rebellen nicht nur für islamische Werte, sondern auch für die Unabhängigkeit von Russland kämpfen; dagegen gilt Kadyrow wegen seiner pro-russischen Haltung vielen als Verräter.

Trübe Aussichten

Während sich Russland allmählich aus Tschetschenien zurückzieht, damit aber die Gefahr eines inner-tschetschenischen Konflikts in Kauf nimmt, tritt Moskau im übrigen Nordkaukasus zunehmend als Polizeimacht in Erscheinung. Bei seinem Engagement, das vornehmlich auf Zentralisierung und Militarisierung zielt, nimmt Moskau kaum Rücksicht auf lokale Empfindlichkeiten. Russland müsste dem Nordkaukasus und seinen Völkern aber ein Zukunftsmodell bieten, das eine echte Alternative zu anderen Modellen, etwa dem von militanten Islamisten angestrebten Gottesstaat, bietet. Ein solches Zukunftsmodell müsste den Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven innerhalb ganz Russlands in Aussicht stellen. Derzeit wird die Integration auf dieser Ebene aber kaum vorangetrieben. Tatsächlich ist eine eigentliche Entfremdung des muslimischen Teils des Nordkaukasus vom Rest des Landes im Gange – eine Entwicklung, die auf russischer Seite noch durch eine wachsende Islamophobie und Feindseligkeiten gegen „Kaukasier“ verschärft wird.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autoren:

Dr. Jeronim Perović ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich.

Lesetipps:

- Uwe Halbach, Der Nordkaukasus im neuen Licht: Die EU und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarregion, SWP-Studie, 2005/S 35, Berlin, November 2005.
http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1475
- C W Blandy, North Caucasus: On the Brink of Far-Reaching Destabilisation, CSRC Caucasus Series, 5/36, Camberley, August 2005.
<http://www.da.mod.uk/CSRC/documents/Caucasus/05%2836%29-CWB.pdf>